Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Fernsprecher 153, 222.
Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34. Fernsprecher Amt I Nr. 1713.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰. Familien- und Stellen-Anzeigen 20 ₰.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif.
Die 4gespaltene Reklamezeile 75 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen: Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).
Herausgeber: Dr. Victor Klinkhardt.

Nr. 414. **Mittwoch** 16. August 1905. **99. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* König Eduard ist mit dem Kaiser Franz Josef, der ihm bis Gmunden entgegengefahren war, Dienstag Nachmittag 5 Uhr in Ischl eingetroffen.

* Das englische Kanalgeschwader, das aus elf Schlachtschiffen und acht Kreuzern besteht, verließ gestern morgen Spithead auf der Ausreise nach der Ostsee.

* Die Zahl der spanischen Arbeiter, die in der Umgegend von Osuna im Lande umherirren, wird auf 5000 geschätzt. Viele sind mit Gewehren bewaffnet. Die städtischen Behörden erklären sich für machtlos. Die Kassen sind leer.

* Nach dem bis gestern nachmittag bekannten Ergebnis der norwegischen Volksabstimmung über die Unionsfrage stimmten 365 997 mit Ja, 182 mit Nein. Die Ergebnisse aus zwölf Kreisen stehen noch aus.

* Der Mörder des Gendarmerieleutnants Kramorenko in Wiborg, Procopé, ist zum Tode durch den Strang verurteilt worden.

* Infolge der Entdeckung einer umfangreichen Verschwörung in Smyrna wurden dort in armenischen Häusern circa 130 Dynamitbomben aufgefunden. Es erfolgten zahlreiche Verhaftungen. In Konstantinopel herrscht große Aufregung.

Zur Grundwertsteuer.

So sympathisch und gerecht das durch die Grundwertsteuer erstrebte Ziel anmutet, so ist doch nicht zu verkennen, daß Nebenerscheinungen bedenklicher Art sie begleiten können und daß auch über die Folgen auf den Grundstücksmarkt noch nicht völlige Klarheit herrscht. Die obwaltenden Schwierigkeiten beleuchtet sehr sachgemäß folgender uns zugestellter Artikel, den wir als Material zur Klärung der Frage betrachtet wissen möchten:

Auf der Konferenz der Delegierten und Vorstände Sächsischer Mietervereine, die in Dresden am 30. Juli stattfand, dürfte durch die Vorschläge des Herrn Referenten die Frage der Grundwertsteuer schwerlich in einheitlichem Sinne zum Abschluß gelangt sein.

Nach einer Zeitungsnotiz steht der Leipziger Mieterverein auf dem Standpunkt, daß die Grundwertbesteuerung von ausgesprochenem Spekulationsareal nur gerecht und billig sei, um einer künstlichen Preissteigerung nach Möglichkeit zu begegnen, hält aber dort, wo Ackerland, das rein landwirtschaftlichen Zwecken dient, in Betracht kommt, die Steuer nicht für ganz angebracht und ausreichend begründet.

Wenn man in diesem Sinne von günstigen Erfahrungen mit der Grundwertsteuer in Preußen spricht, so ist zu berücksichtigen, daß diese noch sehr vereinzelt dastehen und daß das Urteil über sie noch nicht abgeschlossen ist. In vielen Fällen sind sogar Spekulanten zugrunde gegangen, aber die durch die Grundwertsteuerbeträge den Konkursmassen erwachsenen Ausfälle mußten von den wirtschaftlich meist recht wenig kräftigen Gläubigern getragen werden, und das Land ist schließlich doch in die Hände von anderen Spekulanten gelangt. Der Grundstückshandel ist keine ganz einfache Sache und das unreelle Geschäft läßt sich in ihm oft sehr schwer von dem reellen und berechtigten unterscheiden; dies bedingt eine große Schwierigkeit bei allen gesetzlichen Maßnahmen, die nur die wirtschaftlich schädliche Spekulation treffen sollen und nicht privaten Interessen einzelner Vorschub leisten dürfen.

Dies zeigt sich schon bei ihrer mehr versuchsweisen Einführung in ungefähr 18 Orten der Amtshauptmannschaft Leipzig. Hier klagt man vielfach darüber, daß der Leipziger Umgegend, wo gar mancher unter dem Zusammenbruch der Leipziger Bank und dessen Folgen gelitten hat, durch die neuen baurechtlichen Lasten und nun auch durch die Grundwertsteuer ein Vorgehen für lange Zeit abgeschnitten erscheint. In dieses Verhältnissen sieht man den Grund dafür, daß der Bau des Leipziger Zentralbahnhofes nicht den erhofften Zuzug fremden Kapitals gebracht hat und der Grundstückshandel gänzlich darniederliegt. Beides ist um so mehr zu bedauern, wenn man beachtet, daß es auch Spekulanten in gutem Sinne gibt. Dadurch, daß solche Kapitalisten einzelne Parzellen zu gutem Preise abnehmen, erhält ein überschuldeter Grundbesitzer erst Freiheit gegenüber seinen Hypothekengläubigern und die Möglichkeit baulicher Aufschließungen. Durch die Grundwertsteuer wird dagegen der Bodenbesitzer noch abhängiger von seinen Gläubigern, und auch dadurch gelangt schließlich mehr Land in festhaltende oder tote Hand. Von den Angesessenen werden sich nur die kapitalkräftigen erhalten. Da aber in Befürchtung höherer Steuertagen sich bald niemand getraut, Offerten mit Grundstückspreisen zu machen, so lassen es jetzt bedrängte Besitzer dahin kommen, daß ein freihändiger Verkauf nicht mehr möglich ist. Es ist daher zu befürchten, daß früher oder später Zwangsversteigerungen in ungewohntem Maße eintreten.

Die freihändige Abgabe von Bauland ist schon jetzt sehr zurückgegangen. Die Terrain-Gesellschaften reduzieren, um möglichst an Steuern zu sparen, nach und nach ihre Bestände an Land, werden aber später den Grundstückshandel als Monopol in die Hände bekommen und schließlich Ringe bilden müssen, um die Steuern mit den andern Kosten auf die Bauplatzkäufer abzuwälzen.

Wie auf diese Weise und überhaupt mit Hülfe von Steuern für die Dauer Boden billiger werden soll, ist nicht zu verstehen; es dürfte sich daher auch die in einer Versammlung über die Eingemeindungsfrage ausgesprochene Ansicht, daß mit Hülfe der Grundwertsteuer billiger Boden für die Ansiedlung von Menschen und Fabrikanlagen geschaffen werden könne, als eine unrichtige Annahme herausstellen. Würde aber wirklich vorübergehend für kurze Zeit der mit hohen Steuern belastete Grund und Boden mobilisiert, so dürften wieder andere große Gefahren entstehen. Wenn einer überhasteten Bebauung nicht in ähnlicher Weise wie in Dresden geschehen entgegengetreten werden soll, so würden Krisen nicht nur für die Hausbesitzer, sondern auch für die Hypothekenbesitzer eintreten. Dann würde die sichere Basis vieler unserer besten Hypotheken-Institute und Sparbanken wanken, dann würden die extremen Bodenreformer, die Katheder-Volkswirte, eine allgemeine Reaktion als unerwartetes Resultat haben.

Man darf eben nicht in der Volkswirtschaft einseitig nach der Verbilligung eines Gutes streben, wenn man nicht Wertzerstörungen weiterhin erfahren will. Ganz besonders dürfen die Mietervereine, da sie nicht eine Partei, sondern nur einzelne Interessen vertreten, welche Angehörige der verschiedensten Parteien und Stände als gemeinschaftliche verfolgen, keinem Radikalismus verfallen, der sich über berechtigte Interessen und notwendige Rücksichten hinwegsetzt. Eine entschiedene Stellungnahme gegen wertzerstörende Reformen kann allein die berechtigten, gegen wucherische Kapitalbenutzung gerichteten Bestrebungen vor Diskreditierung schützen. Den landwirtschaftlich benutzten Grundbesitz durch die Grundwertsteuer in die Hände von Spekulanten zu treiben, würde im Widerspruch zu dem Programm vieler gemeinnütziger Vereine stehen. Mieter, die wissen, welche Nachteile ein steter Wechsel der Hauseigentümer mit sich bringt, werden auch gegen jeden Steuermaßstab Front machen, der die Basis der Seßhaftigkeit in undeutscher Weise zu Ware macht.

Gestritten wird vielfach darüber, ob die Grundwertsteuer schließlich auf die Mieter abgewälzt werden wird oder nicht. In Frankreich hat man die Erfahrung einer allmählich sich vollziehenden Abwälzung gemacht; und wer bei uns auf dem Standpunkte steht, daß die an den Reichsgrenzen auf Verbrauchs- und Gebrauchs-Gegenstände gezahlten Einfuhrzölle nur zum Teil vom Ausland, zu einem Teile aber vom inländischen Konsumenten getragen werden, der dürfte eigentlich nicht daran zweifeln, daß es im Inlande den Produzenten von Wohnungen schließlich gelingen muß, die durch die Steuer bedingte Erhöhung der Produktionskosten auf die Konsumenten abzuwälzen. Dem wirtschaftlich entfernter von den Konsumenten, also den Mietern, stehenden Bauplatzbesitzer gelingt dies weniger und erst nach und nach. Den Eignern landwirtschaftlich benutzter Flächen ist die Abwälzung überhaupt nicht möglich; sie und die Mieter, auf die die Anderen abwälzen, haben daher schließlich den Schaden zu tragen. Es ist überhaupt kein Zufall, daß in vielen Ländern durch derartige Institutionen, wie die ganz unverhältnismäßig wirkende Grundwertsteuer, die sogenannte agrarische Bevölkerung politisch den Parteien näher gebracht wird, zu denen die Mieter gehören, als den der Hausbesitzer und Industriellen. Eine Gemeindesteuerreform, die auf Kosten des landwirtschaftlichen Grundbesitzes der Industrie billiges Land schaffen will und letzterer trotz ihrer höheren Rentabilität sogar Steuerermäßigungen — wie neuerdings häufig vorgekommen — bewilligt, birgt die Aufhebung des für Sachsen angestrebten gedeihlichen Zusammenwirkens von Industrie und Landwirtschaft in sich. Wer nur einigermaßen Einblick in die Geschäftsbücher industrieller Firmen genommen hat, wird zugeben, daß die Verzinsung des Betriebskapitales eine recht geringe Rolle bei Kalkulation der Produktionskosten von Fabrikaten spielt.

Bevor daher Vertreter der Industrie für die Grundwertsteuer sich begeistern, sollten sie sich sagen, daß sie mit dieser Steuer ihren eigenen Beamten und Arbeitern die Wohnmieten verteuern und daß sie sich ferner durch ein Eintreten für diese Steuer viele Besitzer landwirtschaftlicher Flächen zu steten Widersachern, und zwar auch in den lieblichsten Fragen, machen, also ein Zusammenwirken von Landwirtschaft und Industrie für weite Zukunft erschweren. Man kann es einem von solcher Grundwertsteuer hart betroffenen Landwirt nicht verdenken, wenn er mit einer gewissen Gereiztheit gegen jede Tangierung seines bis zum Verlust des Einkommens besteuerten Grundstücks reagiert. Er hat ein gegründetes Recht darauf, daß ihm eine etwaige Grundwertsteigerung auch ungeschmälert zukommt, da ihn jahrelang eine Produktionskostenverteuerung in Gestalt von hohen, durch die industrielle Entwickelung bedingten Arbeiterlöhnen, Handwerkerrechnungen, Bau- und Materialkosten ungemindert traf. Im Charakter des Landwirts liegt es nicht, gegen Steuern zu reklamieren und zu rekurrieren; er wartet die Gelegenheit ab in anderer Weise, z. B. in der Art wie zurzeit der Gründung des Bundes der Landwirte, seinem Unmut Luft zu machen. Es ist daher politisch nicht zu billigen, der Landwirtschaft Anlaß zu gerechten Klagen über industrielle Entwickelung zu geben.

Nicht zu verkennen ist, daß Angehörige der nationalliberalen Partei bereits bemüht sind, hier Material über das Verhalten der von der Grundwertsteuer Betroffenen zu sammeln.

Wünschenswert bleibt aber dabei zu beachten, daß die Interessen der Landwirte in der Frage der Grundwertsteuer und ähnlicher steuerlicher Gebilde identisch sind mit denen der Mieter und der Bewohner eigener Häuser sowie der an Eigenhaus-Unternehmungen Beteiligten, während die Zinshaus-Herren bei dem „Für“ oder „Gegen“ die Grundsteuer weniger interessiert sind. O. S., Kaufmann.

Der Aufstand in Südwestafrika.

Trotha contra Bülow.

Ein streitbarer Herr scheint Exzellenz von Trotha zu sein. Er führt nicht nur einen großen Federkrieg gegen die „Windhuker Nachrichten“, den er zur selben Zeit im übrigen die amtlichen Mitteilungen entzieht, sondern er schießt auch einen papiernen Pfeil nach Deutschland herüber gegen die Kolonialverwaltung und ihren Chef, den Reichskanzler. Er schreibt u. a. an die „Wind. Nachr“:

„Im Oktober die Ereignisse so vorauszusehen, wie sie nach vier Monaten eintraten, war, wie es scheint, nur der Schriftleitung der „W. N.“ beschieden. Im Oktober war von Friedensangebot an die Hereros noch keine Rede, sondern dies trat erst in die Erscheinung, nachdem durch den Erlaß des Reichskanzlers mir der neu einzuschlagende Weg vorgeschrieben war. Erst von diesem Zeitpunkt wurde durch das Angebot der Gnade in dem Herero der Gedanke entfacht, es sei der Moment gekommen, die heimatlichen Gefilde wieder aufzusuchen und dort ihre Räubereien fortzusetzen.“

Die Proklamation, die General von Trotha auf den Erlaß des Reichskanzlers hin zurücknehmen mußte, hatte nach der Zeitschrift „Die deutschen Kolonien“, folgenden Wortlaut gehabt:

„Otjombo-Windombe, den 2. Oktober 1904.

Ich, der große General der deutschen Soldaten, sende diesen Brief an das Volk der Herero. Herero sind nicht mehr deutsche Untertanen. Sie haben gemordet, gestohlen, haben verwundeten Soldaten Ohren und Nase und andere Körperteile abgeschnitten und wollen jetzt aus Feigheit nicht mehr kämpfen. Ich sage dem Volke: Jeder, der einen der Kapitäne an einen meiner Stationen als Gefangenen abliefert, erhält 1000 Mark; wer Samuel Maharero bringt, 5000 Mark. Das Volk der Herero muß jetzt das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich es mit dem groot Rohr dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen. Ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auf sie schießen. Das sind meine Worte an das Volk der Herero.

Der große General des mächtigen Kaisers
von Trotha.“

Dem ist freilich anzufügen, daß der Wortlaut der Proklamation etwas durch den folgenden Truppenbefehl gemildert wurde:

„Dieser Erlaß ist bei den Appells den Truppen mitzuteilen, mit dem Hinzufügen, daß auch der Truppe, die einen Kapitän fängt, die entsprechende Belohnung zuteil wird, und daß Schießen auf Weiber und Kinder so zu verstehen ist, daß über sie hinweggeschossen wird, um sie zum Laufen zu zwingen. Ich nehme mit Bestimmtheit an, daß dieser Erlaß dazu führen wird, keine männlichen Gefangenen mehr zu machen, aber nicht zu Greueltaten gegen Weiber und Kinder ausartet. Diese werden schon fortlaufen, wenn zweimal über sie hinweggeschossen wird. Die Truppe wird sich des guten Rufes der deutschen Soldaten bewußt bleiben.

Das Kommando.
ges. von Trotha, Generalleutnant.“

Verlustliste.

* **Berlin**, 15. August. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: An Krankheiten gestorben: Gefreiter Hermann Niewalda, geb. in Deschowitz, früher Husaren-Regiment Nr. 6, am 19. Juli in der Krankensammelstelle Gochas am Typhus; Reiter Theodor Unnecker, geb. zu Fürstenheim, früher Pionier-Bataillon Nr. 15, am 10. August im Lazarett Lüderitzbucht an Herzschwäche nach Lungenentzündung. Nachträglich gemeldet: Reiter Johann Meier, geb. zu Bruck, früher königl. bayerisches 21. Infanterieregiment, ist am 17. Juni im Gefecht bei Naruis gefallen, der als bei Baalgras gefallen gemeldete Gefreite Wilhelm Muffug, früher Jäger-Bataillon Nr. 3, hat sich mit einem Brustschuß auf Gurumanas bei der Truppe wieder eingefunden und befindet sich zur Zeit im Lazarett Windhuk. Sein Befinden ist befriedigend.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Konferenz.

Nach dem Depeschendienst des Bureaus Reuter aus Portsmouth ist folgendes der Inhalt der von der Friedenskonferenz angenommenen drei Artikel: Rußland erkennt Japans vorherrschenden Einfluß und besondere Stellung in Korea an. Rußland ist bereit, Korea von nun an als außerhalb seiner Einflußsphäre gelegen anzusehen. Japan verpflichtet sich, die Suzeränität der herrschenden Dynastie anzuerkennen, mit der Berechtigung, die Zivilverwaltung zu beraten, zu unterstützen und zu vervollkommnen. Rußland und Japan erkennen gegenseitig die Verpflichtung an, die Mandschurei zu räumen, auf alle besonderen Vorrechte daselbst zu verzichten, die territoriale Unverletzlichkeit Chinas zu achten und den Grundsatz gleicher Rechte für Handel und Industrie aller Nationen in dieser Provinz aufrecht zu erhalten. Rußland und Japan verpflichten sich ferner zur Abtretung der chinesischen Ost-Eisenbahn von Charbin aus südlich nach China. Für diese Zession wird es China und Japan überlassen, eine Vereinbarung über die Rückerstattung der durch die Wiederherstellung der Bahn und der Brücken südlich der gegenwärtigen Stellung der russischen Armee Japan erwachsenden Kosten zu treffen. Wenn es China nicht möglich sein sollte, das hierzu nötige Geld aufzubringen, so könne irgend eine andere Macht gegen hypothekarische Sicherstellung die Rückerstattung der Kosten an Japan übernehmen.

Französische Aspiration.

Aus Paris wird gemeldet: Die vor Beginn der Portsmouther Verhandlungen nur schüchtern und vereinzelt vorgebrachten Ansichten über die Notwendigkeit eines allgemeinen Kongresses werden hier jetzt mit größerer Energie verfochten. Die Anschauungen französischer Staatsmänner, wonach die Weltlage für einen solchen Kongreß reif geworden sei, finden heute im „Eclair“ Ausdruck, nachdem schon vorher wichtige Organe aller Parteien den Vorschlag befürwortet hatten. Man weiß, daß Rouvier auf Grund von Besprechungen mit einflußreichen französischen Parlamentariern und auswärtigen Politikern sowie von Berichten der französischen Botschafter das Für und Wider der Frage reiflich erwogen hat. Frankreich würde sich wohl kaum zu einem selbständigen Initiativantrag entschließen, weil man genötigt wäre, die Revision des Frankfurter Friedens als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu stellen, was der Politik Rouviers keineswegs entspricht. Aber die Portsmouther Verhandlungen werden unzweifelhaft höchst bedeutsame Fragen der Weltpolitik offenlassen, und die Wittesche Taktik zielt geradewegs auf die Internationalisierung der zurzeit noch russisch-japanischen Streitpunkte ab.

Deutsches Reich.

Leipzig, 15 August.

* **Ueber die Ergänzungs- und Ersatzwahlen zur II. Kammer der Ständeversammlung** veröffentlichen die beiden sächsischen Regierungsblätter folgenden Erlaß des Ministeriums des Innern:

Für den im laufenden Jahre einzuberufenden ordentlichen Landtag sind zur II. Kammer der Ständeversammlung

a) im 5. Wahlkreise der Stadt Dresden im 3. und 5. Wahlkreise der Stadt Leipzig, im Wahlkreise der Stadt Zwickau, im 4., 6., 7., 8., 10., 14., 17., 18., 22. städtischen Wahlkreise, im 3., 8., 13., 17., 22., 23., 25., 26., 28., 34., 37., 38., 39., 43. und 45. Wahlkreise des platten Landes infolge verfassungsmäßigen Ausscheidens der bisherigen Abgeordneten

Ergänzungswahlen,

sowie

b) im 6. Wahlkreise des platten Landes infolge Ablebens und im 9. städtischen Wahlkreise infolge Mandatsniederlegung des bisherigen Abgeordneten

Ersatzwahlen

vorzunehmen.

Gemäß §§ 15 und 26 des Gesetzes, die Wahlen für die zweite Kammer der Ständeversammlung betreffend, vom 28. März 1896, wird die Wahl der Wahlmänner für die Ergänzungswahlen und soweit dies infolge von Tod, Wegzug usw. von Wahlmännern erforderlich ist (§ 23 des Gesetzes vom 28. März 1896 und § 39 der dazu gehörigen Ausführungsverordnung vom 10. Oktober 1896) auch für die Ersatzwahlen

in der III. Abteilung auf den 14. September 1905,
„ „ II. „ „ „ 15. September 1905
und
„ „ I. „ „ „ 16. September 1905,

die Wahl der Abgeordneten aber auf

Montag, den 2. Oktober 1905,

anberaumt.

* **Zu den Landtagswahlen.** Nachdem der Verband sächsischer Industrieller durch seine vielerörterte Kundgebung Stellung zu den Wahlen genommen hat, ist es für die Wähler wichtig zu wissen, welche Kandidaten vom Verbande unterstützt werden. Da diese Frage besonders im Wahlkreise Leipzig-Süd und Leipzig-Land laut wurde, teilen wir nach Erkundigung an berufener Stelle mit, daß im erstgenannten Kreise der Kandidat der vereinigten Liberalen, Herr Friedrich Gontard, im Leipzig-Land der Kandidat der nat.-lib. Partei, Herr Dr. Zöphel, von dem Verbande unterstützt wird. — In Leipzig-West (Plagwitz, Lindenau, Kleinzschocher) ist bekanntlich Herr Franz Gontard als nat.-lib. Kandidat von den Industriellen, Kaufleuten, Gewerbetreibenden des Wahlkreises aufgestellt worden; er ist ebenfalls Mitglied des Verbandes sächsischer Industrieller.

* **Zur Gnesener Kaiserrede.** In Krefeld-Linn kam am Sonntag während eines Festmals bei Gelegenheit des 700jährigen Jubiläums des heiligen Kreuzes in Linn der Kardinal-Erzbischof Fischer aus Köln auch auf die jüngste Rede des Kaisers in Gnesen zu sprechen. Der Kardinal wies darauf hin, daß es keine kalte Pflicht, sondern eine Herzensangelegenheit sei, einem Herrscher wie unserm Kaiser zu dienen, der vor einigen Jahren im Rathaus zu Aachen feierlich sein Haus, sein Heer, sein Volk und sein Reich unter das Zeichen des Kreuzes gestellt habe, und fügte nach dem Bericht der „Niederrheinischen Volkszeitung an diesen Hinweis folgende Worte:

Seine Majestät haben in den letzten Tagen in Gnesen eine hochbedeutsame Rede gehalten und dabei namentlich erwähnt, wie der heimgegangene Papst Leo XIII. bei der letzten Anwesenheit des Kaisers in Rom, ihm, dem Kaiser, die Versicherung gegeben habe, daß die katholischen Untertanen Sr. Majestät Allerhöchstderselben in Treue ergeben seien. Ich kam gerade einige Monate später nach Rom, um den Kardinalshut zu empfangen, und hatte bei dem hochseligen Papst verschiedene Privataudienzen. Bei einer derselben sprach der Papst in sehr eingehender Weise von der Zusammenkunft mit dem Kaiser; er bekundete rückhaltlos seine hohe Liebe und Ehrfurcht gegenüber der erhabenen Person Sr. Majestät und erwähnte dabei auch die Versicherung, die er unserm kaiserlichen Herrn gegeben in Bezug auf die unanfechtbare Treue seiner katholischen Untertanen. Wenn alle katholischen Untergebenen Sr. Majestät mit ihren Mitbürgern wetteifern im Pflichtgefühl und in der Treue und Anhänglichkeit gegenüber dem Träger der Krone und dem Vaterland, so darf ich als Oberhaupt der großen rheinischen Erzdiözese und ich darf auch zugleich sagen, als Metropolit der Kölner Kirchenprovinz, die sich über ganz Rheinland und Westfalen ausgedehnt, die Versicherung geben, daß namentlich die Katholiken in diesen westlichen Teilen des deutschen Vaterlandes unentwegt feststehen in der Treue zu Kaiser und Vaterland, daß sie ihr Vaterland lieben und zugleich den erhabenen, edlen Herrscher lieben, den uns die Vorsehung gegeben und den Gott uns noch recht lange erhalten möge.

Wie erinnerlich, enthielt die Gnesener Kaiserrede eine Mahnung hauptsächlich für die polnischen Katholiken. Hiervon hat aber der Kardinal merkwürdigerweise nichts erwähnt.

* **Die Gewerbeaufsicht in Deutschland.** Die Bedeutung der Gewerbeaufsicht in Deutschland wird durch die Tatsache beleuchtet, daß im Jahre 1903 in den verschiedenen Industriegruppen von rund 10,27 Millionen Personen 5,05 Millionen also rund die Hälfte der Gewerbe-